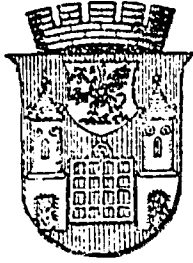


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen = Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 165

Sonnabend, den 17. Juli 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Die Untersuchung und Beweisaufnahme über die Vorfälle in Gernersheim, die bisher vom Reichskommissariat in Coblenz geleitet wurde, wird nunmehr von der bayerischen Regierung geführt.

— Der Bischof von Rottenburg, Dr. Paul Wilhelm von Koppeler, ist in Rottenburg an Herzschwäche gestorben.

— Am 19. Juli treten die Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Dänemark über Zoll-erleichterungen für dänische Erzeugnisse und Behandlung deutscher Handelsreisender in Dänemark in Kraft.

— Der preussische Innenminister Seewering ist von seinem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt.

— Die Brüsseler Kammer hat die Vollmachten für den König mit großer Mehrheit gebilligt.

Ermächtigungsgesetze.

Frankreich und Belgien vor der Finanzdiktatur.

Die trostlose Lage der lateinischen Valuten, besonders der französischen und belgischen Währung, drängt immer mehr zu entscheidenden Maßnahmen. Da die rein parlamentarische Behandlung der Frage zuviel Zeit in Anspruch nimmt, hat man sowohl in Frankreich für den Finanzminister Caillaux, als auch in Belgien für den König Ermächtigungsgesetze vorgelegt, die weitgehende Vollmachten enthalten.

Das Ermächtigungsgesetz, das Caillaux vorlegt, besteht aus einem einzigen Artikel. Ein Akt ohne Namen, in dem die Regierung ohne Befragen der Parlamente Verordnungen erlassen, Steuern ansetzen, Anleihe- und Kreditverhandlungen einleiten und abschließen und sonstige Maßnahmen zur Stützung der Währung treffen kann. Dieses Gesetz ist vom Pariser Ministerrat gebilligt worden.

Die belgische Kammer nahm in zweiter Lesung den Gesetzentwurf, der dem König besondere Vollmachten zur Stützung der Währung verleiht, und darauf die ganze Vorlage mit 135 gegen 9 Stimmen an.

Folgenlos auf den Frankenkurs hat diese Annahme bis jetzt noch nicht gezeitigt. Die Stimmung bleibt sehr nervös.

In Warschau hat die polnische Verfassungskommission die Gesamtvorlage über die Vollmachten der Regierung Bartel angenommen.

Eine wichtige Entscheidung.

Krankenkassen und Erwerbslosenfürsorge.

Ein Chemnitzer Arbeitgeber hatte die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge den bei ihm beschäftigten Personen wohl vom Lohn abgezogen, sie aber nicht an die zuständige Krankenkasse abgeführt. Der Beklagte ist in erster und zweiter Instanz für straffrei erklärt worden, weil es in der Verordnung vom 16. Februar 1924 über die Erwerbslosenfürsorge an einer Strafbestimmung fehlt. Zur Herbeiführung einer grundsätzlichen Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision ein mit der Begründung, daß die Erwerbslosenfürsorge in ihrem Aufbau in völliger Anlehnung an die Krankenversicherung gegliedert sei, sonach als Anhängel dieser zu gelten habe und darum auch allen Vorschriften für die Krankenversicherung unterliegt.

Das Oberlandesgericht Dresden hat jedoch das Rechtsmittel aus den Gründen der Vorinstanzen verworfen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß nach der Vorschrift in Artikel 116 der Reichsverfassung eine Beurteilung ausgeschlossen sei. Danach kann eine Handlung nur dann mit Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde. Die Entscheidung ist für alle Krankenkassen deshalb von großer Bedeutung, weil sie nunmehr gezwungen sind, ihr ganzes Einzugsverfahren auf eine neue Grundlage zu stellen.

Politische Rundschau.

— Reichskanzler Dr. Marx hat dem Gründer des Sekretariats sozialer Studentenarbeit und des Akademischen Arbeitsamts, Dr. Sonnenschein, zum 50. Geburtstag telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt.

— Daß vom Roten Frontkämpferbund der Platz unter Beteiligtauna der Gaue Baden, Saargebiet und Hessen für den

17. und 18. Juli in Speyer geplante Gantreffen ist polizeilich verboten worden.

— Nach Ablehnung eines Mißtrauensvotums der Sozialdemokratie hat der Thüringische Landtag das Verhalten der Regierung anlässlich der Vorgänge bei dem nationalsozialistischen Parteitag gebilligt.

— Zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei haben in Berlin Handelsvertragsverhandlungen begonnen.

— Die deutsch-belgisch-luxemburgischen Grenzverhandlungen haben zu einem Abkommen über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr geführt.

— Der Reichspräsident hat die Ernennung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld zum deutschen Gesandten in Wien bestätigt.

— Die Belegschaft des Schneidemühlener Flüchtlingslagers in den Albatroswerken hat in den letzten Wochen eine neuerliche Steigerung durch die Zuwanderung memelländischer Optanten erfahren.

Deutscher Schritt bei der Rheinlandkommission.

— Berlin, 17. Juli. Dem Vernehmen nach wird in kürzester Zeit, nachdem die Untersuchung der anlässlich der Kriegerversammlung in Gernersheim von der dortigen französischen Besatzung verübten Ausschreitungen deutscherseits beendet und die Schuld französischer Soldaten und Offiziere erwiesen ist, der deutsche Kommissar für die besetzten Gebiete einen amtlichen Schritt bei der interalliierten Rheinlandkommission unternehmen, mit dem Zweck, Genugtuung zu verlangen und außerdem auf Maßnahmen zu dringen, die einer Wiederholung solcher Vorkommnisse vorbeugen. Die Untersuchung und weitere Beweisaufnahme der Gernersheimer Vorfälle, die vom Reichskommissariat für die besetzten Gebiete eingeleitet wurde, wird, wie weiter verlautet, nunmehr in erster Linie die bayerische Regierung führen.

Verlängerung der Winkerkredite.

— Trier, 17. Juli. Mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Weinbaues ist die Rückzahlungsfrist für die dreiprozentigen verzinslichen Winkerkredite, die ursprünglich auf den 31. Dezember festgesetzt worden waren, bis zum 31. Dezember 1928 verlängert worden.

Eine Kanzlerrede.

— Königswinter, 17. Juli. Bei seiner Anwesenheit in Königswinter benutzte Reichskanzler Dr. Marx die Gelegenheit, sich zusammenfassend über seine Eindrücke auf seiner Reise durch die geräumten Gebiete zu äußern. Der Kanzler beronte, es habe ihn gefreut, nach langer Zeit wieder einmal seine rheinische Heimat wiederzusehen. Leider habe er hören müssen, wie viele schwere Leiden die Bewohner der geräumten und noch besetzten Gebiete hätten ertragen müssen. Die Ereignisse in der Weltgeschichte seit 1914 seien so gewaltig, daß man sie in ihrer ganzen Tragweite heute noch nicht übersehen könne. Auch im Ausland seien die Verhältnisse äußerst schwierig geworden. Es sei erkranklich, daß Deutschland so schnell über die Folgen des Weltkrieges hinwegkommen können. Das sei auch von angesehenen Vertretern des Auslandes rühmend anerkannt worden. Der Kanzler wiederholte schließlich nochmals seine Warnung vor unerfüllbaren Aufwertungswünschen.

— Preußen und das Reich. An den Reichskanzler Dr. Marx ist von dem preussischen Ministerpräsidenten Braun ein neues Schreiben gerichtet worden. Dieses Schreiben behandelt noch einmal die preussischen Ansprüche auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft. Der in höflicher Form gehaltene Brief weist in ruhiger Form den Rechtsstandpunkt der Reichsregierung zurück. Vorschläge für eine praktische Lösung des Konfliktes zwischen dem Reich und Preußen werden vom preussischen Ministerpräsidenten nicht gemacht. Vielmehr ist man in Preußen der Auffassung, daß solche Vorschläge zur praktischen Beilegung des Konfliktes vom Reich ausgehen müßten. Offenbar wünscht aber die preussische Regierung selbst, daß der Konflikt nicht weiter verschärft wird, denn sie hat beschlossen, den Brief vertraulich zu behandeln und nicht zu veröffentlichen. Der Antrag Preußens auf Entscheidung durch den Staatsgerichtshof wird zunächst an den Reichsminister des Innern gehen, der ihn an den Präsidenten des Reichsverwaltungsgerichts weiterleitet. Vom Präsidenten des Reichsverwaltungsgerichts wird alsdann der Staatsgerichtshof einberufen werden.

— Türkischer Besuch in Hamburg. Am Donnerstags ist der auf einer Werbefahrt durch europäische Häfen begriffene und als Meßschiff aufgemachte Dampfer „Kara Deniz“ im Hamburger Hafen eingetroffen. Der türkische Botschafter in Berlin, Kemal-eddin Pascha und andere Herren der Botschaft waren

zum Empfang eingetroffen. Bei der offiziellen Begrüßung überbrachte Freiherr von Michahsen vom Auswärtigen Amt in Berlin die Grüße der deutschen Reichsregierung. Der Bürgermeister von Hamburg, Dr. Peterßen, entbot dem Schiff den Gruß der Hansestadt. Kurz nach der offiziellen Begrüßung ereignete sich an Bord des Schiffes ein tragischer Unfall. Die Mehrzahl der Gäste hatte neben dem Dampfer verlassen, als der türkische Konsul in Hannover, Herr Koopmann, vom Hitzschlag getroffen tot zusammenbrach.

Rundschau im Auslande.

— In Paris kam es anlässlich einer gemeinsamen Autofahrt des Sultans von Marokko und des Präsidenten der französischen Republik zu heftigen Auseinandersetzungen im Publikum. Es entstand ein Handgemenge mit Kommunisten.

Spanien und der Völkerverband.

— Französische Pressevertreter in Paris gegenüber hat Primo de Rivera Erklärungen über die Stellung Spaniens zur Erweiterung des Völkerverbands abgegeben. Spanien halte an der Forderung eines händlichen Staatsbundes fest. Ein Blatt meldet sogar, Primo de Rivera habe erklärt, Briand hätte ihm das Versprechen gegeben, Spanien im September in Genf energisch zu unterstützen.

Englische Rückfragen wegen der Entwaffnungsnote? — London, 17. Juli. Wie verlautet, hat die Note des französischen Generals Walsh größtes Erstaunen hervorgerufen. Man habe sich mit einer dringenden Anfrage an Paris gewandt, wie Walsh so eigenmächtig handeln konnte.

Aus der Heimat.

Gedenktafel für den 18. Juli.

1876 † Der Dichter und Sprachforscher Karl Simrock in Bonn (* 1802). — 1915 Beginn der zweiten italienischen Fionzo-Offensive (bis 27.). — 1921 † Der Geograph Julius Kettler in Friedenau (* 1852).

Sonne: Aufgang 4,3, Untergang 8,8.
Mond: Aufgang 12,47 N., Untergang 11,50 N.

Gedenktafel für den 19. Juli.

1810 † Königin Luise von Preußen in Hohenziers (* 1776). — 1819 † Der Dichter Gottfr. Keller in Zürich (* 1891). — 1870 Kriegserklärung Frankreichs an Preußen. — 1917 Friedensresolution des Deutschen Reichstags.

Sonne: Aufgang 4,5, Untergang 8,7.
Mond: Aufgang 1,57 N., Untergang —.

Die Hundstage kommen . . .

Fast scheint es so, als war es gestern. Da hatten wir noch Tag für Tag stets einen neuen Erklärungsschnupfen wegzukurieren und es schien geradezu ausgeschlossen, als sei das Jahr 1926 fähig, auch nur einen Abglanz von Hundstagswetter herbeizubringen. Wie wir uns jetzt aber täglich mehr überzeugen können, ist das Katastrophenjahr ein Allermühsamster, im Guten wie im Schlechten.

Bei dreißig Grad im Schatten können die Hundstage kaum noch weit sein. Sonst in Jahren hatte der Zeitungsmensch vor ihnen stets heißel Mores, denn die Hundstage, die auch mit der berühmten Saurengurkenzeit zusammenzufallen pflegen, waren gewöhnlich die Zeit der fürchterlichen Seeschlangen oder sonstiger Ungeheuer. Das Harmloseste, was in jenen Zeiten während der Hundstage geboren wurde, waren die Hühner mit drei Köpfen oder die jungen Enten mit ultraviolettem Gefieder. Heutzutage könnten solche Raritäten kaum noch sonderlichen Eindruck machen, es sei denn, sie kämen gleich auch noch mit einem fertigen Bubilopf zur Welt.

Wie gesagt, solche Hundstagsenten, die zumeist in Amerika aufzulatern pflegten, sind heute kein gangbarer Artikel mehr. Gerade in diesem Jahr ist der Born der Chronik an wichtigen und bedeutsamen Geschehnissen so unerträglich, daß der Zeitungsmann seine liebe Not hat, wenigstens die hauptsächlichsten Vorkommnisse aus aller Welt im Rahmen seines Blattes unterzubringen.

Unsere Zeit hat an den vielgerühmten Beschaulichkeiten von ehemals reichlich abgebaut. Der Wulfschlag des Tages ist ein ganz anderer geworden. Die stillen Wochen der Saurengurkenzeit sind vom wilden Tempo der Zeitentwicklung schon längst verschluckt. Wer diese stillen Wochen wirklich genießen will, der muß aus